



# **Referenden in den EU-Beitrittsländern**

**Die Volksabstimmungen über den EU-Beitritt  
in den Kandidatenländern der  
5. Erweiterungsrunde**

---

## **Impressum**

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich:

Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas, Doris Washiedl

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des

Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Doris Washiedl

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprintstelle der Landesverteidigungsakademie Wien

## **Einleitung**

Am 20. September 2003 fand in Lettland das letzte der neun Referenden zum EU-Beitritt 2004 statt. Neun der zehn Beitrittskandidaten führten Volksabstimmungen beziehungsweise Referenden durch. Ausnahme ist die Republik Zypern, in der ein Referendum nicht vorgesehen war.

In der vorliegenden Information wird ein Überblick über die Abstimmungen in diesen neun EU-Beitrittsländern gegeben – unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl, des Bruttosozialproduktes und der innenpolitischen Situation sowie der Stimmungslage vor den Abstimmungen. Die Ergebnisse dieser EU-Referenden werden jeweils aufgelistet.

## **Inhalt**

<b>1. Republik Malta</b>	<b>5</b>
<b>2. Republik Slowenien</b>	<b>6</b>
<b>3. Slowakische Republik</b>	<b>7</b>
<b>4. Republik Ungarn</b>	<b>7</b>
<b>5. Republik Litauen</b>	<b>8</b>
<b>6. Republik Polen</b>	<b>9</b>
<b>7. Republik Tschechien</b>	<b>10</b>
<b>8. Republik Lettland</b>	<b>11</b>
<b>9. Republik Estland</b>	<b>12</b>
<b>10. Republik Zypern</b>	<b>13</b>
<b>11. Anhang Tabellen</b>	<b>14</b>



# 1. Republik Malta

Fläche: 315,6 km<sup>2</sup>

Einwohner: 382 000 (F 2000)

Bruttozialprodukt 2000 je Einwohner: 9120 \$  
(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Malta war auf Grund seiner geografischen Lage im Zentrum des Mittelmeers als „Bindeglied zwischen den Kontinenten“ oder „Brücke über das Mittelmeer“ von großer strategischer Bedeutung.

Am 21. September 1964 erlangte Malta die Unabhängigkeit von Großbritannien. 1987 wurde das Prinzip der militärischen Neutralität in die Verfassung aufgenommen.

Innenpolitisch ist Malta durch die nationalistische christlich-demokratische Partei PN (Partit Nazzjonalista) unter Premierminister Edward Fenech Adami und durch die sozialistische Partei MLP (Malta Labour Party) geprägt. Für die EU-Beitrittsfrage spielen die gegensätzlichen Haltungen dieser beiden Parteien eine wesentliche Rolle.

Die europafreundliche PN befürwortet einen Beitritt zur EU, besonders hinsichtlich der europäischen Identität Maltas und der bereits bestehenden engen wirtschaftlichen Verflechtung mit der EU (rund 41 % der Exporte gehen in die EU-Staaten, 63 % der Importe kommen aus ihnen – Quelle: Konrad Adenauer Stiftung: Malta mit großen Schritten in die EU, 31.3.2003) sowie der Möglichkeit, als EU-Mitglied in den Genuss verschiedener interessanter EU-Programme kommen zu können.

Die sozialistische Opposition lehnt einen EU-Beitritt mit der Begründung ab, dass die eigene Volkswirtschaft noch nicht wettbewerbsfähig und ein Anstieg der Lebenshaltungskosten zu erwarten sei, weiters käme es zu einem Verlust von Arbeitsplätzen, zu Dumping-Löhnen durch Zuzug von Arbeitssuchenden aus der EU

(besonders aus Sizilien) und zur Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte. Der Oppositionsführer Alfred Sant würde lieber ein Modell nach Vorbild der Schweiz sehen (Quelle: NZZ vom 23.2.2003): Malta als „Schweiz des Mittelmeeres“, bilaterale Verträge mit der EU und „partnership“ statt Vollmitgliedschaft.

Eine wichtige Einflussgröße ist in Malta auch die katholische Kirche (95 % der Malteser sind Katholiken), die aber versucht, sich aus den Debatten um eine EU-Mitgliedschaft herauszuhalten.

## Das Referendum am 8. März 2003 bringt folgendes Ergebnis:

Eine knappe Mehrheit von 53,6 Prozent der Wähler stimmt für einen Beitritt zur EU, 46,4 Prozent dagegen. Die Wahlbeteiligung ist mit 91 Prozent hoch.

Ein Jahr zuvor war die Zustimmung zu einem Beitritt unter den Einwohnern Maltas auf 38,2 Prozent gesunken, 36 Prozent vertraten keine eindeutige Meinung. (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung, a.a.O.)

## Als Vergleich:

Eurobarometer EB59 – CC-EB 2003, 2, Spring 2003. Fieldwork: May 2003, Publication: July 2003. Comparative Highlights

Fragen: EB59: Generally speaking, do you think that (our country`s) membership of the European Union is ...?

Frage CCEB: Generally speaking, do you think that (our country`s) membership of the European Union would be ...? (für Beitrittskandidaten)

A good thing:	51 Prozent
A bad thing:	19 Prozent
Neither good nor bad:	24 Prozent
DK/NA:	6 Prozent

Am 12. April 2003 fanden die letzten vorgezogenen Parlamentswahlen statt, in denen die regierenden Nationalisten 51,7 Prozent der Stimmen, die oppositionellen Sozialisten 47,6 Prozent und die Grünen 0,7 Prozent der Stimmen erhielten. Die Wahlbeteiligung betrug beachtliche 96 Prozent. (Quellen: <[www.europa-digital.de/laender/mal/nat\\_pol](http://www.europa-digital.de/laender/mal/nat_pol)> und FAZ vom 13.4.2003)

Bereits 1970 unterzeichnete Malta ein Assoziierungsabkommen zur Aufnahme in die EU, dieses wurde aber nach einem Regierungswechsel wieder aufgehoben. Im Juli 1990 wurde offiziell ein Antrag auf Aufnahme eingereicht. Nach dem Sieg der Arbeiterpartei wurde auch dieser Antrag wieder zurückgezogen und erst nach einem nochmaligen Regierungswechsel 1998 konnten die Verhandlungen am 15. Februar 2000 wieder aufgenommen werden. (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung, a.a.O.)

Das Ergebnis des Referendums vom 8. März 2003 ist zwar für das Parlament nicht bindend, durch den Sieg der nationalistischen Partei gilt aber der Beitritt als gesichert.

## 2. Republik Slowenien

**Fläche: 20 253 km<sup>2</sup>**

**Einwohner: 1 988 000 (F 2000);**

87,8 Prozent Slowenen,

2,4 Prozent Serben,

2,8 Prozent Kroaten,

Minderheiten von Ungarn, Italienern, Bosniern, Mazedoniern, Montenegrinern und Albanern

**Bruttosozialprodukt 2000 je Einwohner:**

**10 050 \$**

(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Slowenien ist seit 1991 eine Republik und wurde 1992 von den EG-Staaten völkerrechtlich anerkannt. Im März 1998 begannen bereits die

offiziellen Beitrittsverhandlungen mit der EU (Quelle: <[http://www.europa-digital.de/laender/slo/eu\\_pol/](http://www.europa-digital.de/laender/slo/eu_pol/)>). 2004 wird Slowenien in die NATO aufgenommen.

Im Februar 2003 kam es zu einer Verfassungsänderung, welche die Voraussetzung für die Übertragung von nationalen Befugnissen auf internationale Organisationen ist – einer der wichtigsten Schritte zur Integration.

Slowenien ist das reichste Land der mitteleuropäischen Beitrittskandidaten mit einer Arbeitslosenquote von etwa 7 Prozent. Der wichtigste Handelspartner ist bereits jetzt die EU. Nach Berechnung der Kommission der EU könnte Slowenien sogar Nettozahler werden. Diese Aussicht bewirkte, dass 2002 55 Prozent der Slowenen eine kritische Haltung der EU gegenüber einnahmen. Grundsätzlich gab es in Slowenien aber nie einen Zweifel an einem positiven Ausgang der Doppelabstimmung am 23. März 2003.

### **Die Doppelabstimmung vom 23. März 2003 bringt folgendes Ergebnis:**

Die Wahlbeteiligung bei dem Doppelreferendum beträgt 60 Prozent, 90 Prozent der Wähler sprechen sich für einen Beitritt aus, 10 Prozent dagegen, 67 Prozent für eine NATO-Mitgliedschaft (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung: Referendum in Slowenien, 28.3.2003). Das Referendum ist für die slowenische Regierung nicht bindend, allerdings eine wichtige „Orientierungshilfe“.

### **Zum Vergleich:**

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	57 Prozent
A bad thing:	7 Prozent
Neither good nor bad:	33 Prozent
DK/NA:	3 Prozent

Die EU-Befürworter konnten in der Doppelabstimmung kräftig zulegen, zurückgeführt wird dies auf verstärkte Aktivitäten und Informationen seitens der Regierung.

### 3. Slowakische Republik

**Fläche:** 49 034 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** 5 420 000 (F 2000);

85,8 Prozent Slowaken,

9,7 Prozent Ungarn,

1,7 Prozent Roma,

0,8 Prozent Tschechen,

0,4 Prozent Ruthenen und

Minderheiten von Ukrainern und Deutschen

**Bruttosozialprodukt 2000 je Einwohner:** 3700 \$

(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Die Slowakei wurde am 1. Jänner 1993 eine unabhängige Republik. Am 1. Februar 1995 trat ein Assoziierungsabkommen mit der EU in Kraft, und am 27. Juni beantragte die Slowakei ihren Beitritt zur EU. Im Jahre 2000 begannen die Verhandlungen über einen Beitritt mit der EU. (Quelle: [http://www.europa-digital.de/laender/slk/eu\\_pol/](http://www.europa-digital.de/laender/slk/eu_pol/))

2004 wird Slowenien in die NATO aufgenommen.

Laut eines Berichtes der Kommission der EU vom Juni 2002, befürworteten bereits 65 Prozent der Slowaken einen EU-Beitritt, 11 Prozent waren dagegen, der Rest enthielt sich der Stimme oder gab keine Antwort.

Innenpolitisch ist sich die slowakische Regierungskoalition mit der Opposition bezüglich eines EU-Beitritts einig, allerdings benötigt die Volksabstimmung für ihre Gültigkeit laut Verfassung eine Teilnahme von mehr als 50 Prozent der Abstimmungsberechtigten. Bei einer Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes beim Statistischen Amt der Slowakischen Regierung vor der Volksabstimmung gaben 77,2

Prozent an mit einem „Ja“ für, und 9 Prozent, mit einem „Nein“ gegen einen Beitritt zu wählen. 13,8 Prozent waren noch unentschieden (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung: Slowakei und der EU-Beitritt, 6.5.2003).

### Die Abstimmung vom 17. Mai 2003 bringt folgendes Ergebnis:

Die Wahlbeteiligung beträgt 52,15 Prozent, damit ist die Gültigkeit (Voraussetzung sind 50 Prozent der berechtigten Wähler) gegeben. 92,5 Prozent befürworteten einen Beitritt der Slowakei zur EU.

### Zum Vergleich:

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	59 Prozent
A bad thing:	5 Prozent
Neither good nor bad:	30 Prozent
DK/NA:	6 Prozent

Bei der Abstimmung vom 17. Mai 2003 verbesserten sich die Werte der Befürworter erheblich, es wird darauf zurückgeführt, dass die EU-Befürworter auch wirklich wählen gingen. Die Wahlbeteiligung mit 52,15 Prozent war eher mäßig.

### 4. Republik Ungarn

**Fläche:** 93 030 km<sup>2</sup>

**Einwohner:** 10 022 000 (F 2000);

96,6 Prozent Ungarn (Magyaren), Minderheiten von Roma (1997: ca. 500 000), Serben, Deutschen und Rumänen

**Bruttosozialprodukt 2000 je Einwohner:** 4710 \$

(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Ungarn ist seit 1918 eine Republik, die politische Wende wurde 1989 mit einer Verfassungsänderung eingeleitet. Seit 1999 ist Ungarn NATO-Mitglied.

Im September 2002 einigten sich die vier im Parlament vertretenen Parteien, die Sozialisten, die

Freidemokraten, die Jungdemokraten und das Demokratische Forum, einen Beitritt Ungarns zur EU gutzuhießen (Quelle: NZZ vom 11.4.2003). Kritische Stimmen kommen meist von den extrem Rechten (Verlust der ungarischen Identität) und den Linken. Allerdings hört man immer wieder einen euroskeptischen Unterton bei den Jungdemokraten, die mehr über die Nachteile als die Vorteile eines Beitrittes sprechen. Gegen einen Beitritt stellen sich in der Bevölkerung meistens Kleinbauern, Textilarbeiter, Angestellte aus der Nahrungsmittelbranche und von EU-Zulieferfirmen. Meinungsforschungsinstitute nehmen vor der Wahl eine Wahlbeteiligung von 70 Prozent an, und davon würden 75 Prozent einen Beitritt Ungarns zur EU befürworten.

### **Die Abstimmung vom 12. April 2003 bringt folgendes Ergebnis:**

Die Wahlbeteiligung beträgt nur 45 Prozent. Fast 84 Prozent (83,76 %) der Wähler sprechen sich für einen EU-Beitritt aus, 16 Prozent (16,24 %) dagegen (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung; Ungarn nur sehr verhalten für den EU-Beitritt, 16.4.2003).

Das Ergebnis ist gültig, da 38 Prozent aller berechtigten Wähler ein „Ja“ abgegeben haben und die von der Verfassung verlangten 25 Prozent für ein „Ja“ oder „Nein“ überschritten wurden. Damit ist der ungarische Urnengang rechtlich bindend. Die von der Regierung erhoffte Wahlbeteiligung von 70 Prozent konnte nicht erreicht werden.

Bei der Bewertung des Ergebnisses ist man sich nicht einig. Die einen sehen darin eine hohe Zustimmung zur EU, die anderen weisen auf die extrem geringe Wahlbeteiligung hin und glauben eine versteckte Ablehnung dahinter zu erkennen (Quelle: NZZ vom 15.4.2003).

### **Zum Vergleich**

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	63 Prozent
A bad thing:	7 Prozent
Neither good nor bad:	23 Prozent
DK/NA:	8 Prozent

Die geringe Wahlbeteiligung lässt den Schluss zu, dass die Personen die tatsächlich wählen gingen, zu einem hohen Prozentsatz EU-Befürworter waren. Die geringe Wahlbeteiligung wird auf eine Verunsicherung der Wähler in der letzten Phase der Abstimmung zurückgeführt. Die kostenintensive Pro-EU-Kampagne hat demnach nicht zum gewünschten Ziel in Ungarn geführt. (Quelle: FAZ vom 13.4.2003)

## **5. Republik Litauen**

**Fläche: 65 301 km<sup>2</sup>**

**Einwohner: 3 698 009 (F 2000);**

81,4 Prozent Litauer,  
8,3 Prozent Russen,  
6,9 Prozent Polen,  
1,5 Prozent Weißrussen und  
1 Prozent Ukrainer

**Bruttonationalprodukt 2000 pro Einwohner: 2930 \$**

(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Litauen ist seit 1991 eine Republik und wird 2004 der NATO beitreten.

Die Wirtschaft Litauens kann sich seit der Unabhängigwerdung 1991 relativ schnell erholen. Ethnische Minderheiten spielen keine besonders große Rolle, innenpolitisch ist Litauen relativ instabil. In den letzten acht Jahren wechselte die Regierung zwölf Mal. (Quelle: <<http://www.europa-digital.de/laender/lit/>>)

Nach einer Umfrage vor den Wahlen, durchgeführt vom Markt- und Meinungsforschungsinstitut VILMORUS, befürworten 65 Prozent der Befragten einen Beitritt zu EU, mehr als 13 Prozent sind dagegen. Seit Mitte April 2000 steigt die Anzahl der Befürworter stetig an. (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung: Litauen vor dem EU-Referendum, 6.5.2003)

Die Landbevölkerung ist eher europaskeptisch, diese Haltung findet aber in der breiten Öffentlichkeit kaum Unterstützung. Befürworter eines Beitritts sind neben den politischen Akteuren die Kirche, die private Wirtschaft, Intellektuelle und Schriftsteller. Litauen hat 1995 einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, 1999 lädt die EU Litauen zu Beitrittsverhandlungen ein, diese beginnen offiziell im Jänner 2000 und werden im Dezember 2002 abgeschlossen. Probleme wie eine unterentwickelte Landwirtschaft, eine Arbeitslosenquote von mehr als 12 Prozent oder Umstrukturierungsverzögerungen bei ehemaligen Großkombinaten machen einen raschen und effizienten Handlungsbedarf klar. Die EU wird als „Hoffnung“ für eine Verbesserung in vielen Bereichen gesehen.

Für die Gültigkeit des Referendums sind 50 Prozent der wahlberechtigten Litauer notwendig.

### **Das Referendum vom 10. und 11. Mai 2003 bringt folgendes Ergebnis:**

90 Prozent der Wähler befürworten am 12. und 13. Mai 2003 einen Beitritt Litauens zur EU. Die „Rückkehr nach Europa“ (Quelle: NZZ, vom 13.5.2003) scheint damit besiegelt.

### **Zum Vergleich:**

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	65 Prozent
A bad thing:	9 Prozent
Neither good nor bad:	23 Prozent
DK/NA:	3 Prozent

Die hohe Zustimmung wird auf eine gute Pro-EU-Kampagne der litauischen Regierung zurückgeführt. Auch die Wahlbeteiligung geht über die 50 Prozent-Hürde deutlich hinaus.

## **6. Republik Polen**

**Fläche: 312 685 km<sup>2</sup>**

**Einwohner: 38 650 000 (F 2000);**

98,7 Prozent Polen, kleine deutsche, litauische, weißrussische, ukrainische, slowakische, armenische, tartarische und tschechische Minderheiten, sowie Roma.

**Brutto sozialprodukt 2000 je Einwohner: 4190 \$**

(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Polen ist seit 1918 eine Republik, seine Verfassung stammt aus dem Jahre 1997. 1999 wird Polen NATO-Mitglied.

Polen kämpft mit Problemen wie niedrigem Wirtschaftswachstum, hoher Arbeitslosigkeit (18 %) und noch höherer Jugendarbeitslosigkeit (bis zu 45 %) (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung: Polen vor dem Referendum, 2.6.2003). Wie in anderen EU-Bewerberstaaten hat man in Polen unter anderem große Angst, dem wirtschaftlichen Wettbewerb innerhalb der EU nicht standhalten zu können.

Die Regierungspartei SLD (Demokratische Linksallianz), die Bauernpartei PSL, die Opposition Bürgerplattform und die Partei „Recht und Gerechtigkeit“ sind für den EU-Beitritt. EU-Skeptiker sind die Partei der „Liga der Polnischen Familien“ und die der „Selbstverteidigung“. Die katholische Kirche, die in Polen immer eine bedeutende Rolle in Politik und Gesellschaft gespielt hat, bezieht in der EU-Frage mit einem „Ja aber ...“-Position.

Ein gültiges Referendum muss in Polen eine einfache Mehrheit der Ja-Stimmen haben und es muss eine einfache Mehrheit der Wahlberechtigten zur Urne gehen. Umfragen vor den

Wahlen gehen von einer klaren Mehrheit von 60 bis 70 Prozent Befürwortern eines polnischen EU-Beitritts aus. (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung; Polen entscheidet sich für die EU, 10.6.2003)

Die Wahlbeteiligungen in Polen sind in der Regel gering, man befürchtet auch diesmal eine sehr geringe Wahlbeteiligung für das EU-Referendum. (Quelle: NZZ vom 5.3.2003)

### **Das Referendum vom 7. und 8. Juni 2003 bringt folgendes Ergebnis:**

77 Prozent (76,87 %) der Wähler sind für einen Beitritt zur EU, 23 Prozent (23,13 %) gegen einen Beitritt. Die Wahlbeteiligung beträgt 58,48 Prozent. (Quelle: <[http://www.europa-digital.de/laender/pol/eu\\_pol/referendum.shtml](http://www.europa-digital.de/laender/pol/eu_pol/referendum.shtml)>)

Die für Polen überraschend hohe Wahlbeteiligung wird als demokratischer Erfolg gewertet und zeigt, dass die EU für die polnischen Bürger eine wichtige Zukunftsperspektive bietet.

### **Zum Vergleich:**

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	61 Prozent
A bad thing:	7 Prozent
Neither good nor bad:	23 Prozent
DK/NA:	9 Prozent

## **7. Republik Tschechien**

**Fläche: 78 866 km<sup>2</sup>**

**Einwohner: 10 273 000 (F 2000);**

- 90,3 Prozent Tschechen,
- 3,7 Prozent Mährer,
- 1,9 Prozent Slowaken,
- 0,5 Prozent Polen,
- 0,4 Prozent Deutsche,
- 0,2 Prozent Ukrainer und
- 0,1 Prozent Roma (1998: 300 000)

**Bruttosozialprodukt 2000 je Einwohner: 2920 \$**  
(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Tschechien ist seit 1993 eine Republik und seit 1999 Mitglied in der NATO.

Die Regierungskoalition aus Sozialdemokraten und dem liberalen Parteibündnis hat sich in Tschechien eindeutig für den EU-Beitritt ausgesprochen. Die oppositionelle demokratische Bürgerpartei (ODS) sieht in der EU-Mitgliedschaft eine große Chance für Tschechien, wenn auch mit einigen Vorbehalten. Einzig deklarierte Gegner sind die Kommunisten, die allerdings die drittstärkste Macht stellen (KSCM). Unklar ist eher die Position von Präsident Vaclav Klaus, der weder für noch gegen den Beitritt Stellung bezieht (im Gegensatz zu seinem Vorgänger Havel), allerdings ruft er einige Tage vor dem Referendum zur Wahlbeteiligung auf. Die zentralen Fragen für Tschechien sind, ob der Beitritt einen Verlust der Souveränität und der nationalen Identität bewirken könnte, ebenso die Befürchtung, als kleiner Staat in der EU nicht bestehen zu können. (Quelle: <[http://www.europa-digital.de/laender/tch/eu\\_pol/referendum.shtml](http://www.europa-digital.de/laender/tch/eu_pol/referendum.shtml)>)

Nach Umfragen des Meinungsforschungsinstitutes TNS Factum Anfang Mai 2003 liegt die Rate der Zustimmung bei den Wahlberechtigten bei 53 Prozent, von jenen, die entschlossen sind, an dem Referendum auch teilzunehmen, sind 83 Prozent für einen Beitritt. (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung; Tschechien und der EU-Beitritt, 2.6.2003)

In Tschechien gibt es keine Vorschrift für eine Mindestbeteiligung am Referendum.

### **Die Abstimmung vom 13. und 14. Juni 2003 bringt folgendes Ergebnis:**

77 Prozent der Wähler bejahen einen EU-Beitritt, 23 Prozent stimmen dagegen. Die Wahlbeteiligung beträgt (enttäuschende) 55 Prozent.

### **Zum Vergleich:**

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	46 Prozent
A bad thing:	13 Prozent
Neither good nor bad:	32 Prozent
DK/N:	9 Prozent

Trotz der relativ geringen Wahlbeteiligung ist die Zustimmung unter denjenigen, die an der Wahl teilnahmen, als hoch zu bewerten.

## **8. Republik Lettland**

Fläche: 64 589 km<sup>2</sup>

Einwohner: 2 417 000 (F 2000);

- 57,6 Prozent Letten,
- 29,6 Prozent Russen,
- 4,1 Prozent Weißrussen,
- 2,7 Prozent Ukrainer,
- 2,5 Prozent Polen,
- 1,4 Prozent Litauer,
- 2,1 Prozent Sonstige

**Bruttosozialprodukt 2000 je Einwohner: 2920 \$**  
(Quelle: Fischer Weltalmanach 2003)

Ab 1918 war Lettland unabhängig von Russland, blieb dies aber nur bis 1940. Seit 1991 ist Lettland wieder eine unabhängige Republik, 2004 wird Lettland der NATO beitreten.

Als erste der drei baltischen Republiken stellte Lettland am 12. Oktober 1995 den Aufnahmeantrag. Problemgebiete in Lettland sind der Kampf gegen die staatliche Korruption, Reformen in der Verwaltung und Justiz und die Privatisierung großer staatlicher Wirtschaftsunternehmen.

Im Wesentlichen sind alle Parteien für einen EU-Beitritt, es gibt keine organisierte Gegenbewegung. Mit der Abstimmung zum Beitritt ist auch die Abstimmung über den Euro verbunden.

Ein weiteres Problem ist in Lettland, dass gut

eine halbe Million Bewohner, etwa 21,65 Prozent der Bevölkerung, „Nichtbürger“ sind. Sie haben die Anforderungen an die Einbürgerung, vor allem elementare Kenntnisse des Lettischen, nicht erfüllt oder wollen gar nicht lettische Bürger werden – ein Erbe der ehemaligen Russifizierungspolitik. (Quelle: FAZ vom 4.9.2003)

Das Meinungsforschungsinstitut Latvijas Fakti prognostiziert vor der Wahl 63 Prozent Ja-Stimmen für einen EU-Beitritt. (Quelle: Die Presse vom 10.9.2003)

### **Das Referendum am 20. September 2003 bringt folgendes Ergebnis:**

Bei einer Wahlbeteiligung von über 72 Prozent, sind 67 Prozent der Wähler für einen EU-Beitritt, 32,3 Prozent dagegen, 0,7 Prozent geben eine ungültige Stimme ab. (Quelle: Die Presse vom 21.9.2003)

### **Zum Vergleich:**

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	37 Prozent
A bad thing:	15 Prozent
Neither good nor bad:	40 Prozent
DK/NA:	8 Prozent

Die Wahlbeteiligung ist in Lettland relativ hoch und im Vergleich zu der Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2003 konnten viele unentschlossene Wähler für eine Zustimmung zum EU-Beitritt doch noch gewonnen werden.

Innenpolitisch ist es nach dem Referendum in Lettland allerdings wieder zu einer Krise gekommen. Im Zentrum der Kritik steht Ministerpräsident Einar Repse. Ob eine Minderheitsregierung gebildet oder es zu Neuwahlen kommen wird, ist noch nicht entschieden.

## 9. Republik Estland

**Fläche: 45 227 km<sup>2</sup>**

**Einwohner: 1 435 000 (F 2000);**

65,3 Prozent Esten,

28,1 Prozent Russen,

2,5 Prozent Ukrainer,

1,5 Prozent Weißrussen und

0,9 Prozent Finnen

**Bruttosozialprodukt 2000 je Einwohner: 3580 \$**  
(Quelle: Fischer Weltatlas 2003)

1918 wurde Estland nach dem Zusammenbruch des zaristischen Russlands selbstständig. 1949 zwang Russland Estland zur Aufgabe der Autonomie und zur Eingliederung in das kommunistische System. Erst 1991 gelangte Estland wieder zu seiner Unabhängigkeit. Früh schon wurde eine Integration Richtung Westen angestrebt, lange schien es so, als würde dieses Ziel noch weit entfernt sein. Aber die Wirtschaft erholte sich relativ rasch. 1995 wurde mit der EU ein Freihandelsabkommen geschlossen. Die Verhandlungen begannen im Frühjahr 1998 und endeten im Dezember 2002 in Kopenhagen.

Präsident Rüütel und die Präsidentin des Parlamentes sind erklärte EU-Befürworter (Quelle: FAZ vom 12.9.2003). Auch Intellektuelle, Künstler und die größte Religionsgemeinschaft, die evangelisch-lutheranische Kirche, sind für einen Beitritt (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung: Estland vor dem Referendum, 10.9.2003). Die oppositionelle linkspopulistische Zentrumspartei, die größte Partei Estlands und erklärte Gegnerin des EU-Beitritts, warnt vor Problemen wie dem möglichen Verlust der estnischen Nationalität und Souveränität durch einen Beitritt.

Der estnische Unterhändler, Alar Streimann, sieht einige kritische Verhandlungspunkte mit der EU, etwa das Problem der Zölle, die heikle Situation Estlands bezüglich der Energiepolitik

oder den Duty-free-Verkauf. (Quelle: NZZ vom 3.3.2003)

Zu den Gruppen, die sich am meisten durch einen Beitritt bedroht fühlen, zählen die Bewohner der östlichen Grenzregion Narwa (Quelle: FAZ vom 12.9.2003). 95 Prozent der Bewohner sind dort russisch, und sie befürchten, dass die bisher lockeren Grenzbestimmungen nach einem Beitritt nicht mehr gegeben sind. 29 Prozent der estnischen Bevölkerung gehören der russischen Minderheit an. (Gegenteilige Meinung in der Studie: Bilder von Europa – Die Länderstudie Estland. Von Aksel Kirch, Mart Kivimäe, Marika Kirch und Iris Bröckling. Nachzulesen unter <<http://www.ies.ee/bilder.html>>. Hier wird angeführt, dass die Russen in Estland, besonders die Jüngeren unter ihnen, aus ökonomischer Sicht und auch bezüglich ihres Status in Estland eher einen Beitritt zur EU bevorzugen würden.)

Im August 2002 erstellt die estnische Umfrageagentur Emor eine Studie, aus der hervorgeht, dass 69 Prozent der befragten Personen, welche sich am Referendum beteiligen wollen, mit „Ja“ stimmen würden. Monate zuvor lag der Wert sogar unter 50 Prozent. (Quelle: Konrad Adenauer Stiftung, a.a.O.)

Für die Gültigkeit des Referendums gibt es keine Mindestbeteiligung, gleichzeitig wird bei einem „Ja“ zum Beitritt eine Verfassungsänderung beschlossen, die den Beitritt ermöglicht.

### **Das Referendum vom 14. September 2003 bringt folgendes Ergebnis:**

Die Wahlbeteiligung liegt bei 63 Prozent, 67 Prozent der Wähler stimmen für einen Beitritt, 33 Prozent dagegen.

(Quelle: <[http://www.europa-digital.de/laender/est/eu\\_pol/referendum.shtml](http://www.europa-digital.de/laender/est/eu_pol/referendum.shtml)>).

### **Zum Vergleich:**

Eurobarometer, Spring 2003:

A good thing:	31 Prozent
A bad thing:	16 Prozent
Neither good nor bad:	42 Prozent
DK/NA:	10 Prozent

Die Zustimmung im Referendum fiel deutlich höher aus als in der Eurobarometer-Umfrage, viele Wähler konnten auch hier durch die verstärkten Kampagnen und Informationen für ein „Ja“ zum Beitritt gewonnen werden.

## **10. Republik Zypern**

Ein Referendum über den EU-Beitritt ist nicht vorgesehen. Das Parlament stimmte einem EU-Beitritt einstimmig zu.

## 11. Anhang Tabellen

Abstimmungsergebnisse: (gerundet)

Beitrittsland	Datum	PRO EU-Beitritt	Wahlbeteiligung
Malta	8.3.2003	54 %	91 %
Slowenien	23.3.2003	90 %	60 %
Ungarn	12.4.2003	84 %	45 %
Litauen	10. und 11.5.2003	91 %	63 %
Slowakei	16. und 17.5.2003	93 %	52 %
Polen	7. und 8.6.2003	77 %	58 %
Tschechien	13. und 14.6.2003	77 %	55 %
Estland	14.9.2003	67 %	63 %
Lettland	20.9.2003	67 %	72 %

### ANHANG 7: WICHTIGSTE STATISTISCHE INDIKATOREN

#### BEWERBERLÄNDER

#### WICHTIGSTE STATISTISCHE INDIKATOREN (2001)

	Fläche	Bevölkerung	Dichte	BIP in Kaufkraftparitäten (KKS) (1)(2)			BIP-Wachstum	Landwirtschaft	
	1000 km <sup>2</sup>	Mio. Einwohner	Einwohner / km <sup>2</sup>	BIP (Mrd. KKS in €)	BIP je Einwohner (KKS in €)	BIP je Einwohner in % des EU-Durchschnitts	in %	Anteil an der Bruttowertschöpfung in %	Anteil an der Beschäftigung in %
Bulgarien	111	7,9	71	51,5	6.500	28	4,0	13,8	26,7
Zypern	9	0,8	82	14,1	18.500	80	4,0	3,9	4,9
Tschech. Rep.	79	10,2	130	136,0	13.300	57	3,3	4,2	4,6
Estland	45	1,4	30	13,4	9.800	42	5,0	5,8	7,1
Ungarn	93	10,2	110	121,3	11.900	51	3,8	4,3(4)	6,1
Lettland	65	2,4	36	18,1	7.700	33	7,7	4,7	15,1
Litauen	65	3,5	53	30,3	8.700	38	5,9	7,0	16,5
Malta	0,3	0,4	1.250	4,6 (3)	11.700 (3)	55(3)	-0,8	2,4	2,2
Polen	313	38,6	124	355,5	9.200	40	1,1	3,4	19,2
Rumänien	238	22,4	94	132,2	5.900	25	5,3	14,6	44,4
Slowakei	49	5,4	110	59,7	11.100	48	3,3	4,6	6,3
Slowenien	20	2,0	98	31,9	16.000	69	3,0	3,1	9,9
Türkei	775	68,6	89	356,8	5.200	22	-7,4	12,1	35,4

Quellen : Eurostat nach nationalen Quellen.

- (1) Die Methode zur Berechnung des BIP in Kaufkraftparitäten wurde seit Erscheinen der Vorjahresberichte angepasst. Die Daten sind daher nicht vergleichbar.
- (2) Für die Bestimmung des Pro-Kopf-BIP wurden die Angaben zur Gesamtbevölkerung den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entnommen. Sie können von der Bevölkerungsstatistik abweichen.
- (3) 1999
- (4) 2000

**BEWERBERLÄNDER**  
**WICHTIGSTE STATISTISCHE INDIKATOREN (Durchschnitt 1997/2001)**

	BIP-Wachstum	Inflationsrate	Arbeitslosenquote	Staatsausgaben	Außenhandel	Leistungsbilanz	Ausländische Direktinvestitionen
	Änderung in %	Jahresdurchschnitt	in % der Erwerbsbevölkerung (4)	Saldo in % des BIP	Saldo der EU gegenüber dem Land (in Mio. €)	Saldo in % des BIP	Jährlicher Investitionsfluss in % des BIP (1)
<b>Bulgarien</b>	2,0	9,8	15,2	0,5	188	-1,5	5,6
<b>Zypern</b>	4,2	2,7	4,3	-4,0(3)	1.768	-4,5	1,3
<b>Tschech. Rep.</b>	1,1	5,6	7,1	-3,8	2.604	-4,3	7,8
<b>Estland</b>	5,2	6,1	11,5	-0,5	496	-7,8	8,1
<b>Ungarn</b>	4,5	12,4	7,4	-5,4	1.090	-3,4	4,3
<b>Lettland</b>	6,1	3,9	14,0	-1,7	318	-8,6	5,7
<b>Litauen</b>	3,6	3,3	16,5	-2,9	696	-8,9	4,8
<b>Malta</b>	3,4	3,6	6,0	-8,8	1.358	-7,1	11,9
<b>Polen</b>	4,2	9,9	13,6	-2,8	10.750	-5,4	4,2
<b>Rumänien</b>	-1,0	46,3	6,2	-4,0	1.050	-5,3	3,5(2)
<b>Slowakei</b>	3,3	8,9(2)	15,7	-7,0	48	-7,4	4,4
<b>Slowenien</b>	4,2	8,0	6,8	-2,3	1.704	-1,7	1,4
<b>Türkei</b>	1,2	69,9	7,3	-15,7	7.398	-0,8	0,8

**Quellen** : Eurostat und Kommissionsdienststellen, Berechnungen nach nationalen Quellen.

- (1) Zahlungsbilanz-Daten.
- (2) Durchschnitt 1997/2000.
- (3) Geschätzter Durchschnitt 1997/2000.
- (4) Definition der Internationalen Arbeitsorganisation.